

**Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff
am 27. Februar 2008
im Niedersächsischen Landtag**

**Gemeinsam unser Land bewegen –
für ein modernes, weltoffenes und menschliches Niedersachsen**

(Es gilt das gesprochene Wort)

I.

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 27. Januar 2008 war ein guter Tag für CDU und FDP. Aber er war auch ein guter Tag für alle Niedersachsen!

Am 27. Januar haben die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens der amtierenden Landesregierung und den sie tragenden Parteien das Vertrauen ausgesprochen. Sie haben uns mit überzeugender Mehrheit erneut den Auftrag zur Wahrnehmung der Regierungsverantwortung erteilt. Sie haben sich für Kontinuität und Zukunft entschieden - nach dem Motto: „Bergauf wechselt man die Pferde nicht.“ Das ist gut für Niedersachsen und für die Menschen, die hier leben.

Das Wahlergebnis ist ein großer Vertrauensbeweis. Dafür danke ich allen Wählerinnen und Wählern herzlich.

Mit meiner Wahl zum Ministerpräsidenten und der Bestätigung der Landesregierung haben die Fraktionen von CDU und FDP gezeigt, dass sie mit großer Geschlossenheit und Entschlossenheit die Politik in den nächsten fünf Jahren bestimmen wollen.

Mit ihrer Wahlentscheidung haben die Wählerinnen und Wähler auch die Politik der Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bestätigt. Das ist angesichts der Reformen, die wir in den letzten Jahren angepackt haben, nicht selbstverständlich. Mit dem Wählervotum ist aber auch die Erwartung verbunden, dass die Landesregierung diesen erfolgreichen Weg fortsetzt und Niedersachsen mit mutigen politischen Entscheidungen in eine gute Zukunft führt. Diese Erwartung werden wir erfüllen.

Alle Reformen und Projekte, die wir vor fünf Jahren angekündigt haben, haben wir verwirklicht.

Den Landeshaushalt wollten wir Schritt für Schritt sanieren. Die Nettokreditaufnahme beträgt inzwischen nur noch 550 Millionen Euro. Innerhalb von fünf Jahren haben wir sie um 2,4 Milliarden Euro gesenkt. Das ist die geringste Nettoneuverschuldung seit 35 Jahren.

Wir hatten 2.500 neue Lehrerstellen versprochen. Die Stellen sind um 2.500 aufgestockt worden.

Versprochen waren 1.000 zusätzliche Polizisten. Auch hier haben wir Wort gehalten.

Mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze sollten entstehen. Alleine im letzten Jahr sind rund 50.000 hinzugekommen.

Mehr Investitionen in Krankenhäuser waren versprochen. Wir haben Wort gehalten. Mehr als 480 Millionen Euro haben wir in fünf Jahren in die Modernisierung der Krankenhäuser investiert.

Versprochen – gehalten! An dieser Politik werden wir festhalten. Auch für diese Legislaturperiode gilt: Wir tun, was wir sagen, und wir halten, was wir versprechen. Am Stil wird sich nichts ändern. Wir regieren weiter: Ehrlich, unaufgeregt, verlässlich.

Mit dem Koalitionsvertrag haben CDU und FDP eine tragfähige Grundlage für die Fortsetzung der Regierungskoalition in den kommenden fünf Jahren geschaffen. Wir werden auf dieser Basis gemeinsam Regierungsverantwortung tragen und die erfolgreiche Politik der letzten fünf Jahre fortsetzen.

Es gilt, Niedersachsen nach ganz vorne unter die führenden Bundesländer zu bringen. Die Chancen dazu haben wir. Wir werden sie nutzen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns allen in diesem Hause sollte aber die geringe Wahlbeteiligung zu denken geben. Mehr als zwei Millionen Niedersachsen – das sind mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten - sind der Wahl fern geblieben. Bereits vor fünf Jahren hatten wir mit 67 Prozent eine schwache Wahlbeteiligung. Nunmehr hat sie mit 57 Prozent einen traurigen Tiefstand erreicht. Das bereitet mir erhebliche Sorgen. Gleichgültigkeit ist hier fehl am Platz.

Wie viele andere in diesem Hause bin ich in einer Zeit aufgewachsen, als die Parteien an Mitgliedern gewannen. Das politische Interesse war damals größer als heute und die Akzeptanz und das Ansehen der handelnden Politiker höher.

Die niedrige Wahlbeteiligung mag viele Gründe haben. Richtig ist: Das Wetter war denkbar schlecht an diesem Sonntag und hat sicher einige von den Wahlurnen ferngehalten. Der eine oder andere wird sich angesichts der Umfragen vielleicht gedacht haben: „Es ist doch sowieso alles klar. Warum soll ich wählen gehen?“ Und bei manch einem wird die Enttäuschung und die Skepsis über die Möglichkeiten, mit den Parteien etwas zu bewegen, der Grund gewesen sein, der Wahl fern zu bleiben. In einer Sendung des NDR am 29.

Januar – also unmittelbar nach der Wahl - hatte die Mehrzahl der Anrufer als Grund für ihr Fernbleiben von der Wahl gesagt: „Politiker machen sowieso was sie wollen.“ Kurt Beck und seine Pirouetten bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei in Hessen sind dafür ein gutes Beispiel. Hier wird gerade die Glaubwürdigkeit der SPD restlos ruiniert. Da muss man sich nicht wundern, wenn man am Wahlabend die Quittung erhält.

Zudem: Die von mir geführte Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren allen Niedersachsen etwas abverlangt. Den Beamten haben wir das verbliebene Weihnachtsgeld gestrichen. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten heute länger – viele ohne Lohnausgleich. Schüler, Eltern und Lehrer mussten sich auf eine völlig neue Situation an unseren Schulen einstellen. Wir haben Studienbeiträge an den Universitäten eingeführt.

Und wir haben die Landeskrankenhäuser verkauft – um nur einige Beispiele zu nennen. Das hat zu Unmut und Enttäuschungen geführt, auch wenn wir es vor den Wahlen angekündigt haben. Aber ich sage hier und heute: Zu diesen Reformen gab und gibt es keine Alternative. Sie sind richtig für eine gute Zukunft unseres Landes.

Fühlbar ist: Viele Menschen vertrauen Politikern auch deshalb nicht, weil sie den Eindruck haben, wir würden deren Stimmungen und Wahrnehmungen – zum Beispiel von kinderreichen Familien, Rentnerinnen und Rentnern oder Arbeitslosen nicht richtig ernst nehmen. Bundespräsident Horst Köhler hat sich erst in der letzten Woche besorgt über die zunehmende Kluft zwischen Politik und Bürgern geäußert.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Rente. Die Reformen in den letzten Jahren waren richtig und wegweisend. Aber die älteren Menschen haben nicht zuletzt angesichts zahlreicher Nullrunden in den letzten Jahren zu Recht das Gefühl, vom Aufschwung abgekoppelt zu sein. Auch hier müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle profitieren.

Das mich niemand falsch versteht: An der Rente mit 67 dürfen wir nicht rühren. Aber wir müssen schon berücksichtigen, dass es Arbeitnehmer gibt, die besonderen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt sind. Hier ist der Wunsch nach einem flexiblen Ausscheiden aus dem Beruf verständlich. Deshalb sollte die Entscheidung, ob Altersteilzeit weiter gefördert wird, in aller Ruhe erörtert werden.

Was heißt das alles? Die Wahrheit liegt für diese Menschen eben nicht in exakten Statistiken, in glatten Power-Point-Präsentationen von Banken und Unternehmensberatungen oder in einer kalten Reformlogik. Die Wahrheit ergibt sich aus der Wirklichkeit. „Die Wahrheit liegt auf dem Platz“ – wie Otto Rehgagel einst sinnierte.

Was können, was müssen wir tun?

Erstens: Wir müssen den Menschen die Wahrheit sagen und die Probleme offen ansprechen. Dazu zählt auch eine schonungslose Beschreibung der bestehenden Probleme. Das haben wir getan und werden wir auch weiter tun. Ich habe die Erfahrung gemacht: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Die Menschen müssen sich auf uns verlassen können. Deshalb werden wir die angekündigten Vorhaben umsetzen. Verlässlichkeit bleibt unser Markenzeichen.

Zweitens: Wir müssen ihre Nöte und Ängste ernst nehmen, ohne in Populismus zu verfallen.

Und drittens: Wir müssen deutlich machen, dass auch ein ehrlicher Kompromiss in einer schwierigen Frage kein Kuhhandel ist, sondern eine sinnvolle und Frieden stiftende Lösung sein kann. Wir müssen deutlich machen, dass der öffentliche Diskurs kein Parteiengezänk ist, sondern ein Ringen um die beste Lösung ist und das Für und Wider einer Reform auch für den Unbeteiligten deutlich hervorhebt.

Ich möchte nicht, dass die politische Bildung in eine Art Feuerwehrrolle gerät, also immer erst dann zum Einsatz kommt, wenn es bereits lichterloh brennt.

Wir haben in Niedersachsen den Vorteil, über Politikwissenschaftler zu verfügen, die Politik auch einer breiten Öffentlichkeit erklären können und wollen. Sie suchen mit großem Erfolg die Praxis: in den Medien, in der Beratung von Parteien, Verbänden und Ministerien. Sie ermuntern und ermutigen ihre Studentinnen und Studenten, bereits während des Studiums Wissenschaft und Praxis zu verknüpfen.

Weit über Niedersachsen hinaus werden die Bemühungen, vor allem in der Parteien- und Politischen Kulturforschung an der Universität Göttingen, beachtet und geachtet. Diese Bemühungen sollten wir fördern und ausbauen. Das wäre im Übrigen auch ein Beitrag für eine neue, sehr viel stärker praxisorientierte sozialwissenschaftliche Exzellenz, mit der Niedersachsen im deutschen Wissenschaftsbetrieb die Initiative ergreifen würde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Gemeinsam unser Land bewegen - für ein modernes, weltoffenes und menschliches Niedersachsen“ – unter diesem Anspruch wollen wir Niedersachsen in der neuen Legislaturperiode regieren.

Wir bekennen uns zu einer Politik, die ein modernes und fortschrittliches Niedersachsen will. Wir stellen uns dem Wettbewerb, um unser Land weiter voranzubringen.

Aber wir sind nicht für Fortschritt um jeden Preis. Wir müssen sicherstellen, dass alle vom Fortschritt profitieren. Keiner darf unter die Räder kommen. Deshalb werden wir alle Anstrengungen unternehmen, dass niemand zurückgelassen wird.

Dabei müssen wir auch die Interessen der nachfolgenden Generationen im Blick behalten. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode eine „Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen. Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“ entwickelt. Sie soll nachhaltige Politik auf allen Feldern der Politik garantieren. Diesem Zweck dient auch die „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“, die wir zusammen mit den Vertretern der heimischen Wirtschaft, der Kammern, Vereinigungen und Verbände in diesem Jahr starten werden.

In diesem Sinne wird die von mir geführte Landesregierung die Interessen aller Niedersachsen vertreten und dabei auch die Sorgen und Nöte der Nichtwähler in den Blick nehmen.

II.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen hat sich in den letzten fünf Jahren durch seine Konsolidierungserfolge bundesweit einen Namen gemacht. Bereits im letzten Jahr – ein Jahr früher als geplant – konnten wir einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Manchen haben wir mit diesem Vorgehen viel zugemutet. Aber unser Konsolidierungskurs ist ohne Alternative. Wir werden ihn weitergehen. Denn auch Nachhaltigkeit setzt Kontinuität und Verlässlichkeit voraus.

Nur durch solide Staatsfinanzen können wir uns den politischen Gestaltungsspielraum sichern, den wir brauchen. Es nützt nichts, wenn man den Kopf voller Ideen hat und sie nicht verwirklichen kann, weil in der Kasse gähnende Leere herrscht. Nichts ist unsozialer als eine Politik auf Pump, die auf Kosten der zukünftigen Generationen lebt und deren Chancen aufs Spiel setzt. Wir werden deutlich machen, dass eine „Freibier-für-alle-Politik“ unseriös ist und allen Bürgerinnen und Bürgern auf lange Sicht schadet. Was hätten wir nicht alles tun können, wenn wir nicht jeden Tag sieben Mio. Euro Zinsen zu zahlen hätten. Wir könnten zum Beispiel 50.000 zusätzliche Lehrer dauerhaft beschäftigen und damit jeder Schule in Niedersachsen 16 neue Lehrer beschenken.

Für die neue Legislaturperiode haben wir ein wichtiges Ziel: Erstmals in der Geschichte des Landes Niedersachsen wollen wir Schulden tilgen. Seit Bestehen des Landes gab es nur drei Jahre, in denen keine neuen Schulden aufgenommen wurden, alte Schulden wurden noch nie getilgt.

Bereits 2010 wollen wir ohne neue Schulden auskommen und mit der Schuldentilgung beginnen. Mit 100 Millionen Euro und den jeweils ersparten Zinsen wollen wir Jahr für Jahr den Schuldenberg von fast 50 Mrd. Euro abtragen. Das ist eine Perspektive, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Unser Maßstab ist: Jede Generation muss mit dem Geld auskommen, das sie selbst erwirtschaftet hat. Ein Leben auf Pump können und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Deshalb wird sich Niedersachsen für ein striktes Neuverschuldungsverbot einsetzen. Keine nachfolgende Landesregierung soll zukünftig Spielräume künftiger Generationen schmälern – ohne diese an den Entscheidungen beteiligt zu haben. Das wäre weder nachhaltig noch generationengerecht.

Dieses muss in der Landesverfassung abgesichert werden und sollte möglichst im Gleichklang mit den anderen Ländern und dem Bund geschehen. Dies ist Niedersachsen auch aus gesamtstaatlicher Verantwortung ein herausragendes Anliegen in der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesstaatlichen Ordnung.

Sobald wir ohne neue Schulden auskommen, werden wir einen Pensionsfonds für neu eingestellte Beamte einrichten. Ab 2020 können die ersten Beamtenpensionen aus dem Fonds gezahlt werden. Jede Generation sichert so die Versorgung der Beamten, die sie eingestellt hat und von deren Arbeitsleistung sie profitiert hat. Auch dies ist ein Baustein für mehr Generationengerechtigkeit.

Neben einem soliden Konsolidierungskurs werden wir auch in dieser Legislaturperiode die Einnahmeseite des Landes nicht aus dem Blick verlieren.

Es geht dabei zunächst um eine Stabilisierung der laufenden Einnahmen. Grundsätzlich gilt zudem: Der Öffnung von Landesbeteiligungen für mehr Wachstum und der Gewinnung neuer Partner stehen wir offen gegenüber. Konkret: Wir werden überlegen, ob es sinnvoll ist, starke Partner mit ins Boot zu holen.

Wir stehen zu den Landesbeteiligungen an VW und der Salzgitter AG.

Durch die weitere Sanierung des Landeshaushaltes stellen wir uns auf den demographischen Wandel ein. Wir schaffen Spielraum für Investitionen in die Zukunft, vor allem für unsere Familien, die Kinder und deren Erziehung und Bildung, aber auch für mehr Arbeit und mehr Wachstum.

III.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zahl der Kinder auch in unserem Land wird in den nächsten Jahren sinken. Das hat uns die Enquete-Kommission Demographischer Wandel deutlich vor Augen geführt.

Das ist bedauerlich, denn weniger Kinder sind ein Verlust an Lebensfreude, an Ausgelassenheit und ganz besonders: an Zukunft! Wir werden auch in den nächsten Jahren alles dafür tun, damit in Niedersachsen wieder mehr Kinder geboren werden. Zunächst müssen wir uns aber, so schwer es auch fällt, auf weniger Kinder einstellen.

Das heißt für die Zukunft noch stärker: Erst recht dürfen wir kein Kind verloren geben. Wir brauchen jedes Kind. Auch deshalb werden wir die Rechte von Kindern in der Verfassung weiter stärken. Mit einer als Staatszielbestimmung ausgestalteten Regelung werden wir die Interessen von Kindern und Jugendlichen besonders hervorheben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen Niedersachsen kinderfreundlicher machen. Wir werden junge Paare ermuntern, eine Familie zu gründen – vor allem mit der Aussicht, dass es genügend Tagesmütter, Krippen, Kindergärten und andere Hilfen gibt. Das Stichwort heißt: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für beide Geschlechter!

Deshalb werden wir das Betreuungsangebot mit den Kommunen deutlich verbessern. Junge Eltern sollen wählen können, ob sie ihr Kind zu Hause betreuen oder betreuen lassen. Um die Wahlfreiheit der Eltern zu stärken, wollen wir bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen. Ich setze im Interesse der Familien darauf, dass dies alles gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - wie bereits beim beitragsfreien letzten Kindergartenjahr - vor der Einschulung gelingen wird. Wir als Land werden uns dafür an den Investitionskosten und auch an den laufenden Betriebskosten beteiligen. Eine gut geführte Kindertagesstätte ist – ergänzend zur Familie – der gute Ort für das Hineinwachsen in unsere Welt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in Niedersachsen wachsen Kinder in Armut auf und in Familien, die ihnen nicht den Schutz und die Zuwendung geben können, die Kinder brauchen. Deshalb müssen wir gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen jeder Benachteiligung und Gefährdung von Kindern entgegentreten. Vor allem Kindesmissbrauch und Verwahrlosung müssen wir bekämpfen. Elternrechte müssen im Zweifel zurückstehen.

Deshalb werden wir eine höhere Verbindlichkeit der Untersuchungen herstellen und uns für eine zusätzliche Untersuchung für dreijährige Kinder stark machen. Zur Bekämpfung von Verwahrlosung und Kindesmissbrauch werden wir an mehreren Standorten Modellprojekte anstoßen. Wirksamen Kinderschutz können wir aber nicht alleine durch Maßnahmen der zuständigen Kommunen und des Landes gewährleisten. Hier sind alle gefordert: Staat, Erzieher, Ärzte, Nachbarn, Freunde. Kinder, vor allem die ganz kleinen, brauchen die Aufmerksamkeit aller. Sie sind besonders schutzbedürftig.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die sinkende Zahl von Kindern ist auch ein großer Verlust für unsere Gesellschaft. Sie stellt uns vor neue Herausforderungen auch in der Bildungspolitik. Wir werden die freiwerdenden finanziellen Ressourcen im Bildungssystem belassen. Das Betreuungsverhältnis Lehrkraft-Schüler wird so Schritt für Schritt verbessert, und jeder einzelne wird besser betreut und gefördert.

Bildung beginnt schon vor der Einschulung. Bildung fängt mit der Geburt an. In den ersten Jahren wird der Grundstein für den individuellen Bildungserfolg gelegt. Deshalb werden wir ein besonderes Augenmerk auf die ersten Jahre legen. Es ist besser, früh zu investieren als später aufwendig zu reparieren.

Die Sprachförderung an den Kindertagesstätten wollen wir weiter ausbauen. Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Kinder, die ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Schule kommen, geraten oft von Anfang an auf die Verliererstraße. Das müssen wir verhindern. Auch hier gilt: Alle werden gebraucht. Wir werden alles dafür tun, damit niemand zurückbleibt.

Wir streben die weitere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen an. Das letzte Kindergartenjahr werden wir als Brückenjahr zur Grundschule weiter ausgestalten, damit den Kindern der Übergang zur Schule leichter fällt. Wir wollen schrittweise alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei gestalten. Und auch die Qualität der Ausbildung von Erziehungsfachkräften wollen wir weiter verbessern.

Wir brauchen eine Aufgabenpartnerschaft von Land, Kommunen, Kirchen und freien Trägern. Wir würdigen das Bemühen dieser Träger in besonderer Weise.

Wichtig ist uns, dass die Bildungsinhalte in Kindertagesstätten und Grundschulen aufeinander abgestimmt werden und dort besonders gefördert wird, wo ein erfolgreicher Schulstart gefährdet ist. Wir wollen das Regeleinschulungsalter schrittweise senken und den Stichtag der Schulpflicht entsprechend vorziehen. Die Bereitschaft weiterer Grundschulen zur Einführung der flexiblen Eingangsstufe wollen wir nachdrücklich unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben in den letzten fünf Jahren im Bildungsbereich vieles auf den Weg gebracht. Die Schulstrukturreform mit der Abschaffung der Orientierungsstufe, die Einführung des Zentralabiturs, das Abitur nach acht Jahren, die Schulinspektion und die Eigenverantwortliche Schule – um nur einiges zu nennen. Das war eine gemeinsame Kraftanstrengung von Lehrern, Eltern und Schülern, die wir gemeinsam bewältigt haben.

Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Heute erwerben mehr Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung als je zuvor in der Geschichte des Landes. Bis 2012 wird etwa die Hälfte eines Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Besonders freut mich, dass der Anteil derer, die nicht durch das Gymnasium ihre Zugangsberechtigung erworben haben, deutlich gestiegen ist. Das zeigt doch: Trotz aller Aufgaben, die noch vor uns liegen, ist die Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems gewahrt. Auch die Schulabbrecherquote konnten wir deutlich senken. Und wir werden sie weiter senken. Besonders erfolgreich ist das von uns und der Bundesagentur für Arbeit entwickelte Fördermodell an den Hauptschulen.

Wir bekennen uns klar zum gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem. Aber wir wissen, dass nicht in erster Linie die Schulstruktur, sondern vor allem die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung maßgeblich über das individuelle Fortkommen entscheiden. Schließlich ist es mit der Robert-Bosch-Schule in Hildesheim eine Gesamtschule, die als beste Schule in Deutschland ausgezeichnet wurde. Auch deshalb werden wir die Gründung von Gesamtschulen auf Antrag der Schulträger als Angebot ermöglichen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden.

Auch Schulen in freier Trägerschaft sind uns willkommen und wichtig. Deshalb sichern wir auch ihnen in der Zukunft eine angemessene Finanzausstattung zu.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Reformen haben uns alle gefordert: Schüler, Lehrer, Schulleiter und auch die Eltern. Allen Beteiligten, insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern, die die größte Last tragen müssen, danke ich an dieser Stelle für ihre Mühen und für ihren Einsatz. Die Anforderungen an den Beruf sind groß. Manch einer reduziert sogar seine Arbeitszeit, um optimal zu unterrichten.

In den nächsten fünf Jahren wird es vor allem darum gehen, dass sich die Reformen erfolgreich in der Praxis bewähren. Wir wollen, dass in den Schulen Ruhe einkehrt, damit sie ihre Eigenverantwortlichkeit entfalten können. Das wird nur im Gespräch mit allen Beteiligten gelingen. Wir werden deshalb den Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern, aber auch mit den Lehrerverbänden fortsetzen.

Mit der Eigenverantwortlichkeit der Schulen wächst die Verantwortung der Schulleitung. Die Führungskräfte müssen für das neue Berufsbild entsprechend aus- und fortgebildet werden. Wir gründen deshalb eine Schulleitungsakademie zur optimalen Qualifizierung.

Die Aufstiegschancen ihrer Kinder liegen allen Eltern am Herzen. „Meine Kinder sollen es einmal besser haben als ich“ – das war jahrzehntelang eine der Antriebsfedern. Der Schlüssel zu Aufstieg, Wohlstand und Teilhabe ist die Bildung. Sie ist die Leiter, die nach oben führt. Wer Chancengerechtigkeit garantieren will, muss dafür sorgen, dass alle Zugang zur Bildung haben und die Leiter erklimmen können.

Aber längst ist nicht mehr garantiert, dass alleine mit Fleiß und Disziplin die einzelnen Stufen der Karriereleiter erklommen werden können. Die Leiter, die nach oben führt, ist steil, und der Abstand zwischen den Sprossen für manche sehr groß. Und viele Eltern sind unsicher, was die Zukunft ihren Kindern bringen mag.

Von daher ist es unsere wichtigste Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Leiter tragfähig ist. Mehr noch: Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen optimale Startchancen bieten. Deshalb ist es unsere vordringlichste Aufgabe dafür zu sorgen, dass alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern – Stufe für Stufe nach oben steigen können. Die einen werden es etwas schneller schaffen, andere brauchen etwas länger. Dem einen kann die Leiter nicht steil genug sein, die anderen benötigen ein Geländer, das ihnen Halt bietet. Wichtig ist, dass für alle der Weg nach oben führt – und zwar vom Keller bis ins Dachgeschoss.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben in den letzten Wochen viel über Überforderungen von Kindern in der Schule diskutiert – auch im Zusammenhang mit der Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren. Angesichts des enormen internationalen Wettbewerbsdrucks, des Alters unserer Akademiker und der Tatsache, dass bald alle Bundesländer das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt haben, kann es kein Zurück geben.

Wir können nicht auf der einen Seite eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler beklagen und auf der anderen Seite erwarten, dass alles so bleibt wie es ist. Man könnte angesichts der aktuellen Diskussion manchmal meinen, dass es den PISA-Schock gar nicht gegeben hat.

Richtig ist aber auch: Wir müssen die Sorgen von Schülern und Eltern ernst nehmen und sie nach Kräften unterstützen. Das gilt insbesondere für den 9. Jahrgang, der als erstes das Abitur nach acht Jahren ablegen wird. Dazu sind viele Maßnahmen - von neuen Curricula bis zu Förderangeboten auf dem Weg, ich meine auch: Kinder brauchen Freude am Lernen. Wir müssen die Entdeckerlust der Kinder wecken. Sinnloses Dressurlernen ist fehl am Platze. Wir müssen gemeinsam mit den anderen Ländern den Unterrichtsstoff auf wesentliche Inhalte konzentrieren. Auch die Unterrichtsmethoden können verbessert werden. Dafür werde ich mich einsetzen. Und dafür bietet die Eigenverantwortliche Schule eine gute Möglichkeit.

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss, sondern umfasst auch die Ausbildung, das Studium und die berufliche Weiterbildung. Von besonderer Bedeutung ist die Ausbildung im dualen System. Gerade am Anfang des Berufslebens müssen Jugendliche eine Chance auf einen Arbeitsplatz und damit auf eine weitere berufliche Perspektive haben. Gerade am Anfang des beruflichen Lebens ist es wichtig, dass niemand den Anschluss verliert.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Bundesagentur für Arbeit und Landesregierung im Rahmen des Niedersächsischen Ausbildungspaktes konnten in den vergangenen Jahren viele Jugendliche zusätzlich auf eine Lehrstelle vermittelt werden. Der Ausbildungspakt hat sich bewährt. Wir werden ihn gemeinsam fortsetzen, damit möglichst alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Wirtschaft ist besonders in der Pflicht, einen Verdrängungseffekt durch den doppelten Abiturjahrgang 2011 aufzufangen. Darin steckt auch eine große Chance.

Sehr geehrten Damen und Herren,

Innovationen setzen Wissenschaft und Forschung voraus.

Wir haben Niedersachsen zum Zukunftsland gemacht, indem wir Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur gestärkt haben. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Mit der Vielfalt unserer Hochschulen sichern wir die Wahlmöglichkeiten und die Bildungschancen der jungen Generation und die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Unsere Hochschulen sind leistungsfähig und modern. Denken Sie nur an das gute Abschneiden bei der Exzellenzinitiative. Aber Optimierungen und Qualitätsverbesserungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit für Zeiten zurückgehender Bewerber sind offenkundig!

Wir werden die Wirkung der Studienbeiträge auswerten. Bei der Bewertung werden wir gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, ob die Übertragung der Kompetenz für eine eigene Gestaltung der Studienbeiträge im Rahmen der Landesvorgaben mit einem Höchstbeitrag von 500 Euro pro Semester an die Hochschulen sinnvoll ist.

Im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 richten wir 11.200 zusätzliche Studienplätze bis 2010 ein.

Die „doppelten Abiturjahrgänge“ sind eine besondere Herausforderung, die wir gemeinsam mit Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft bewältigen müssen. Deshalb wollen wir den Hochschulpakt 2020 über das Jahr 2010 hinaus fortführen. Auch ab 2011 werden wir zusätzliche Studienanfängerplätze schaffen. Wir appellieren an die Wirtschaft, zusätzliche Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Wir appellieren an die Hochschulen und ihre Mitglieder, befristet zusätzlich Lehrleistungen zu erbringen.

Um den Mangel an gut ausgebildeten Ingenieuren und Naturwissenschaftlern zu beseitigen, werden wir in diesen Fächern zusätzliche Studienplätze schaffen. Dabei wollen wir besonders junge Frauen stärker für technische Fachrichtungen begeistern. Frauenförderung kommt in Wirtschaft und Wissenschaft eine entscheidende Rolle zu.

Mit dem Zukunftsvertrag zwischen Land und Hochschulen haben wir den Universitäten Planungssicherheit gegeben. Dies war und ist Zukunftsorientierung und Zukunftssicherung für die Hochschulen, für unsere Jugendlichen und für das Land. Dieses Vorgehen war vorbildlich in der gesamten Bundesrepublik. Wir werden den Zukunftsvertrag über das Jahr 2010 hinaus um mindestens fünf Jahre verlängern.

Diese Verlängerung und die Finanzierung des Hochschulpaktes 2020 nutzen wir zur leistungs- und wettbewerbsorientierten Profilierung und Vernetzung der niedersächsischen Hochschulen im Gesamtverbund der Hochschulen des Landes. Dazu gehört auch die Gründung der „Niedersächsischen Technischen Hochschule“.

Mit der „Offenen Hochschule Niedersachsen“ werden wir die Hochschulen für nichttraditionelle Gruppen von Studierenden noch weiter als bisher öffnen und spezielle Studienangebote für Berufstätige schaffen. Zu viele sehen ihre Hochschule nach dem Abschluss nie wieder. Das sollte der Vergangenheit angehören.

IV.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die letzten fünf Jahre waren erfolgreiche Jahre für Niedersachsen. Die Wirtschaft wächst wieder. Mit der Regierungsübernahme 2003 haben wir das Negativwachstum gestoppt und konnten den Abwärtstrend umkehren. Während Niedersachsen unter der Vorgängerregierung deutlich unterdurchschnittliche Wachstumsraten aufwies, wuchs die Wirtschaft in den letzten fünf Jahren im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Wir haben in dieser Betrachtung das viertstärkste Wachstum in Westdeutschland. Unter der Vorgängerregierung lagen wir noch auf Platz 9.

Der Aufschwung, der mit dem Regierungswechsel 2003 in Niedersachsen eingeleitet wurde, hat weitreichende positive Wirkungen entfaltet. Die Beschäftigung ist gestiegen und die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Besonders freut mich, dass die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen ist.

Das sind keine abstrakten Zahlen. Jeder Einzelfall bedeutet Sicherheit und Einkommen für die Betroffenen und deren Familien. Und, was mich besonders freut: Die Armut ist in Niedersachsen seit nunmehr drei Jahren auf dem Rückzug. Das ist gut für alle Niedersachsen.

Auf das Erreichte können wir stolz sein. Es ist eine gute Grundlage. Darauf können wir in dieser Legislaturperiode aufbauen.

Die Erfolge zeigen: Grundlage für Wachstum und Wohlstand für alle ist eine gute Wirtschaftspolitik. Nur wenn die Wirtschaft wächst, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden und Einkommen entstehen, wenn Beiträge entrichtet und Steuern gezahlt werden, nur dann lassen sich Sicherheit und Perspektiven schaffen, nur dann ist es möglich, auch soziale Sicherheit im umfassenden Sinne zu gewährleisten. Nur dann steigen die Renten! Und nur dann gibt es Aufstiegschancen für alle und die Aussicht darauf, dass niemand zurückbleibt.

Das heißt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Es bleibt dabei: Sozial ist, was Arbeit schafft! Deshalb: Unsere Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung werden wir im Interesse aller Niedersachsen fortführen.

Auch auf Bundesebene darf es keinen Stillstand geben. Die Reformen, die von der Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel angepackt worden sind, müssen weitergehen. Deutschland kann sich keinen Stillstand leisten.

Dazu gehört eine Steuerreform: Ein neues, zukunftsfähiges Steuerrecht muss eines der zentralen Ziele unserer Politik bleiben. Deutschland braucht einen steuerpolitischen Neuanfang. Im Mittelpunkt steht die Vereinfachung und mit ihr die Leistungsgerechtigkeit. Dazu müssen die Ausnahmen weitestgehend beseitigt und im Gegenzug die Grundfreibeträge erhöht und die Steuersätze gesenkt werden.

Dazu gehören Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen eine Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts und eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, damit die Menschen mehr Netto in der Tasche haben. Die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung war ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Zu den wichtigsten Reformen auf dem Arbeitsmarkt gehört auch die Neuorganisation des SGB II nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. CDU und FDP werden sich für eine Verlängerung des Optionsmodells über den 31.12.2010 hinaus einsetzen. Darüber hinaus wollen wir über die bestehenden Optionskommunen hinaus in Niedersachsen weitere einführen.

Dazu gehören weitere Reformen in den sozialen Sicherungssysteme und hier vorrangig die Reform der Pflegeversicherung, die richtigerweise auch Demenzkranke berücksichtigt und Pflegeurlaub ermöglicht. Aber es müssen auch die strukturellen Probleme der Pflegeversicherung in Angriff genommen werden.

Die Landtagswahl in Niedersachsen hat doch eines deutlich gemacht: Reformpolitik mit CDU und FDP ist möglich und erfolgreich. Deshalb kann die Große Koalition in Berlin nur eine Übergangslösung sein. Im September 2009 soll sie von einer bürgerlichen Mehrheit aus CDU, CSU und FDP abgelöst werden.

Wirtschaftspolitik heißt für uns: Bürokratie abbauen, Innovationen fördern, die Infrastruktur ausbauen und die Internationalisierung Niedersachsens vorantreiben. In meiner Regierungserklärung 2003 hatte ich das Ziel vorgegeben, die niedersächsischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften um ein Drittel und die Verwaltungsvorschriften um die Hälfte zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir deutlich übertroffen. Seit dem Start unserer „Deregulierungsoffensive“ haben wir fast die Hälfte aller Vorschriften abgebaut. Wir regeln nur noch, was nötig ist, nicht, was möglich ist. In dieser Legislaturperiode legen wir unsere Schwerpunkte auf die Reduzierung der Statistik- und Berichtspflichten, die Verringerung der Pflicht zur Bestellung von Beauftragten und die Abschaffung von Doppelprüfungen. Wir werden so die Wirtschaft weiter von unnötigen Belastungen befreien.

Innovationen sind die Voraussetzung für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und für den Wohlstand von Morgen. Innovationen sind auch notwendig, um die großen Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und dem demografischen Wandel zu meistern.

Auch deshalb werden wir Mittel der Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen und des Wirtschaftsförderfonds für innovative Vorhaben einsetzen. Der Stiftung sollen bis 2011 100 Mio. Euro zur Verfügung stehen.

Wir werden Initiativen des Landes in besonders erfolgversprechenden Zukunftsfeldern verstärken. So wollen wir zum Beispiel in Stade für ganz Norddeutschland ein Forschungszentrum - CFK-Nord - gemeinsam mit Airbus, unseren Universitäten, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der Fraunhofer-Gesellschaft aufbauen, um die Querschnittstechnologie CFK beim Flugzeug, beim Auto, bei

Windenergieanlagen und anderswo schnell in die industrielle Anwendung zu bringen. Wir sind in Norddeutschland bei CFK führend. Diese Spitzenposition wollen wir halten.

Die IdeenExpo 2007 war ein voller Erfolg. 165.000 Kinder und Jugendliche waren begeistert. Solche Erfahrungen machen Mut. Deswegen werden wir nächstes Jahr die nächste IdeenExpo auf dem Weltausstellungsgelände hier in Hannover veranstalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine hervorragende Infrastruktur ist der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Das kann man derzeit exemplarisch an der A 31 beobachten. Der Lückenschluss hat zu mehr Gewerbe, mehr Logistik und mehr Tourismus im Westen und Nordwesten Niedersachsens geführt. Deswegen werden wir auch an anderer Stelle unsere Verkehrsinfrastruktur ausbauen und an den Erfordernissen der globalen Wirtschaft ausrichten. Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes werden wir uns für einen größeren Anteil Niedersachsens am Investitionsvolumen und die Aufnahme neuer Verkehrsprojekte einsetzen. Der Bund muss Maßnahmen in Niedersachsen stärker finanziell absichern.

Niedersachsen ist eine der Verkehrsdrehscheiben Europas. Deshalb werden wir die notwendigen Verkehrsprojekte für die großen Verkehrsströme von Ost nach West und Nord nach Süd vorantreiben, wie die Küstenautobahn, die feste Elbquerung der A 20 und die Verkehrsanbindungen zu den Häfen.

Norddeutschland profitiert in besonderer Weise von der Globalisierung: Häfen und Hafen-Logistik verzeichnen hohe Wachstumsraten. Wir sind das Tor zur Welt. Dies soll umfassend genutzt werden.

Wilhelmshaven wird bald die größte Baustelle Europas sein: Wir halten an der Zielsetzung fest, den JadeWeserPort bis 2010 in Betrieb zu nehmen. Sobald das OVG Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss bestätigt, werden die Bauarbeiten beginnen. Der Hafen entspricht exakt der Nachfrage auf dem Markt. Deshalb wird er eine Erfolgsgeschichte und im gesamten Nordwesten positive strukturpolitische Effekte auslösen.

Wir werden die Küste zu einer leistungsstarken Wirtschaftsachse des Landes ausbauen. Dazu wird die bedarfsgerechte Planung des weiteren Ausbaus des JadeWeserPorts sowie der anderen See- und Binnenhäfen und der Ausbau des Hinterlandverbindungsnetzes auf Straßen, Schienen und Kanälen beitragen.

Die Hinterlandanbindung für unsere Häfen ist eine nationale Aufgabe.

Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, die Zusammenarbeit der norddeutschen Hafenstandorte zu intensivieren, um zu einem gemeinsamen „Hafensystem Deutsche Bucht“ zu gelangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Welthandel wächst überproportional. Unser Ziel ist es, noch mehr heimische Unternehmen am internationalen Wachstum zu beteiligen. Wir spüren, dass Niedersachsen auch für ausländische Investoren an Bedeutung gewinnt. Beide Entwicklungen sind gut für uns. So wollen wir die Internationalität Niedersachsens weiter fördern. Die zentrale Lage Niedersachsens im Herzen Europas gibt uns Schlüssel in die Hand. Gleichzeitig werden wir im Ausland für unser Land werben. Zur besseren Vermarktung des Standortes Niedersachsen im In- und Ausland errichten wir dieses Jahr die Gesellschaft „Niedersachsen Global“ (NGlobal). Ziel ist eine außenwirtschaftliche Gesamtstrategie, die die Akteure der Außenwirtschaftsförderung zusammenführt und vorhandene Instrumente bündelt.

Wir wollen unsere Messen stärker zur Internationalisierung unserer Wirtschaft nutzen. Durch Länderinformationstage, spezielle Kontaktbörsen und den Niedersächsischen Außenwirtschaftstag nutzen wir die Plattform der Messe, um die niedersächsische Wirtschaft zu präsentieren. Wir werden das Netz der Repräsentanzen im Ausland ausbauen und Delegationsreisen noch stärker nutzen, um kleine und mittelständische Unternehmen bei ihrem Markteinstieg im Ausland zu unterstützen. Auch die Weltoffenheit unserer jungen Menschen wollen wir steigern. Durch Austauschprogramme und Schulpartnerschaften machen wir sie fit für den internationalen Wettbewerb.

Unser Ziel ist, auch durch internationale Fachkräfte unsere Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern zu verstärken. Deshalb wollen wir eine erleichterte Zuwanderungsregelung für Fachkräfte. Dabei soll die Entwicklung eines Punkteverfahrens geprüft werden. Wir wollen die Einkommensgrenze für Zuwanderer absenken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grundlage unseres Erfolges ist die soziale Marktwirtschaft mit Wettbewerb, Privateigentum und Vertragsfreiheit. Dennoch ist die soziale Marktwirtschaft in Misskredit gekommen. Einige haben das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft verloren. Das liegt auch an solchen Fällen wie dem von Klaus Zumwinkel. Abgesehen davon, dass dem Staat und vermutlich auch Niedersachsen dadurch Millionenbeträge verloren gehen, viel schlimmer wiegt, dass hier die soziale Marktwirtschaft und auch das Bild des Unternehmers generell in Misskredit gebracht wird, Unternehmer, ohne die unser blühendes Gemeinwesen gar nicht vorstellbar wäre. Peter Hartz und jetzt Klaus Zumwinkel, das ist eine Kette von Fällen, die die soziale Marktwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttert – und das in einer Zeit, in der viele Menschen nach Orientierung und Vorbildern suchen. Sie werden bitter enttäuscht.

Viele unterscheiden doch längst nicht mehr zwischen den Gerissenen und Gierigen und denen, die ehrlich ihre Arbeit machen. Das Bild, das hier gezeichnet wird, addiert sich zu einem „Gesamtbild der Schamlosigkeit“ – wie es Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung genannt hatte. Es ist doch inzwischen tatsächlich so, dass sich das individuelle Fehlverhalten einiger weniger im Urteil der Öffentlichkeit zu einem Fehler des gesamten Systems verdichtet – ein System, das sich schon dadurch auszeichnet, dass alles öffentlich aufgearbeitet wird.

Für mich ist am schlimmsten, dass damit auch die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer in Misskredit gebracht werden, die ihre Steuern zahlen, die Arbeitsplätze schaffen und sich noch um jeden Beschäftigten ihres Unternehmens einzeln kümmern. Deshalb: Unabhängig davon, was an neuen Skandalen über Misswirtschaft, Korruption oder Günstlingswirtschaft weiter an die Öffentlichkeit dringt, letztlich gilt der Spruch, den Winston Churchill einst prägte: „Manche sehen im Unternehmer eine Kuh, die man nur melken muss. In Wahrheit ist er aber das Pferd, das den Karren zieht.“

Wir werden jedenfalls weiterhin vorrangig den Mittelstand im Blick haben. Der Mittelstand ist der Kern unserer Wirtschaft. Dort entstehen die meisten neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Deswegen wollen wir unsere erfolgreiche Mittelstandsförderung fortsetzen. Die Konzentration der Programme bei der NBank und der Bürokratieabbau werden fortgeführt. Die Anstrengungen zum Kampf gegen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft werden wir verstärken. Der Mittelstand wird aber nur dann weiterhin das Rückgrat unserer Wirtschaft sein, wenn dort gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Garant für die Qualität der Produkte und Dienstleistungen sind. Deshalb werden wir mit einem „Pakt für Qualifizierung“ auf den drohenden Fachkräftemangel reagieren. Bei uns hat der Mittelstand Zukunft.

V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

manche haben den Eindruck, dass in den letzten Jahren die Nöte, Sorgen und auch Abstiegsängste einer breiten Mitte in Deutschland mehr und mehr aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit und auch der Politik geraten sind. Jahrelang wurde viel über die Probleme von gesellschaftlichen Gruppen diskutiert, die sich an den Rand gedrängt fühlen und die sicher viel Aufmerksamkeit verdienen.

Wir müssen aber auch wieder Politik für die Mitte der Gesellschaft machen. Diese Mitte erwartet, dass sie in ihren Ängsten und Nöten ernst genommen wird. Und sie erwartet, dass ihr nicht Lasten aufgebürdet werden, die sie nicht schultern kann.

Wir werden deshalb die Ängste und Nöte dieser Mitte stärker in den Blick nehmen. Wir machen nicht nur Politik für Leistungsbezieher, sondern vor allem Politik für Leistungsträger. In einem Land, in dem Leistung nicht anerkannt wird, wird „Wohlstand für alle“ keine Chance haben. Wenn die Mitte die Lust an Leistung verliert, dann leiden darunter die Schwächsten zuerst. Abraham Lincoln hat es in seiner berühmten Antrittsrede so formuliert: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.“

Denn sie sind es, die die Gesellschaft zusammenhalten. Sie sind es, die jeden morgen zur Arbeit gehen. Sie sind es, die die Steuern und Sozialbeiträge erwirtschaften, von denen erst die Leistungen an Bedürftige gezahlt werden können. Sie sind es, die ihre Steuern hier in Deutschland legal bezahlen. Sie sind es, die ihre Kinder jeden Morgen mit Frühstück und Pausenbrot in die Schule schicken, auch wenn das Geld einmal knapp ist. Und sie sind es, die sich abends und am Wochenende auch noch im Sportverein, in der Jugendgruppe oder in der Kirche ehrenamtlich engagieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht jeder sieht sich in der Mitte der Gesellschaft. Auch wenn Arbeitslosigkeit und Armut in Niedersachsen zurückgegangen sind: Manche sind an den Rand gedrängt worden, können sich alleine nicht helfen und brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Unterstützung und Solidarität sind keine Almosen. Darauf haben sie ein Anrecht. Sie sind Teil unserer sozialen Marktwirtschaft und sozialen Ordnung, zu der wir uns bekennen. Und richtig ist auch: Die Erfolge, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, sind noch nicht bei allen gleichermaßen angekommen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie bei allen ankommen.

Wir wollen Niedersachsen gemeinsam voranbringen. Wir werden auch weiterhin für die Schwächsten in unserer Gesellschaft eintreten, den Dialog der Generationen fördern und den Menschen eine Perspektive geben: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Deshalb werden wir nicht nur die wirtschaftliche Infrastruktur ausbauen, sondern auch die soziale.

Wir brauchen auch künftig eine hochwertige und wirtschaftliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. Deshalb beteiligen wir uns auch künftig an der Krankenhausfinanzierung. Wir halten an einer Krankenhausplanung durch das Land fest, dies insbesondere in der Akutversorgung, die von der demographischen Entwicklung besonders betroffen ist. Mit dem Haushaltsjahr 2008 haben wir deshalb erneut ein mehrjähriges Krankenhausinvestitionsprogramm über 360 Mio. Euro begonnen und damit für Planungssicherheit gesorgt.

Wir werden auch die Situation der Alten und Pflegebedürftigen verbessern. Die Kurzzeitpflege werden wir stärken, um sie vermehrt als Überleitungspflege und zur Entlastung von Angehörigen zu nutzen. Durch ein Landesheimgesetz wollen wir bürokratische Belastungen vermeiden, Anzeigepflichten abbauen, die Entwicklung neuer Wohnformen erleichtern und Doppelzuständigkeiten abschaffen. Wir wollen ältere Menschen befähigen, ihre Selbstständigkeit und Lebensqualität zu bewahren. Dazu werden wir Seniorenservicebüros für ältere Menschen fördern.

Wir wollen behinderten Menschen zu mehr Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verhelfen. Dazu gehört der Ausbau des eigenständigen Wohnens, des Budgets für Arbeit und des persönlichen Budgets.

Der neue Landtagspräsident hat mit seinem Vorschlag für einen "Tag der offenen Tür" für behinderte Menschen im Niedersächsischen Landtag gestern ein wichtiges und erfreuliches Signal gesetzt. Behinderte Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Und deshalb begrüße ich diesen Vorschlag ausdrücklich.

All dies zeigt: Wir setzen uns für alle Niedersachsen ein. Wir wollen ein starkes und soziales Niedersachsen. Ein Niedersachsen ohne Ausgrenzung und ohne Diskriminierung. Deshalb fördern wir die Aids-Prävention, Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen oder Maßnahmen für Gehörlose, um nur einige Beispiele zu nennen. Soziale Verantwortung ist für uns das Leitbild und zugleich Auftrag für konkrete Maßnahmen für die Schutz- und Hilfebedürftigen in unserem Land.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen gehört zur Spitzengruppe der Bundesländer beim bürgerschaftlichen Engagement. Rund zweieinhalb Millionen Niedersachsen engagieren sich ehrenamtlich. Eine lebendige und solidarische Gesellschaft ist auf diese Menschen angewiesen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich für dieses Engagement bedanken.

Wir werden uns auch künftig eng mit Trägerorganisationen, wie Vereinen, Verbänden, Initiativen und Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten, um noch mehr Niedersachsen für ein freiwilliges Engagement zu begeistern und zu gewinnen. Die Freiwilligenagenturen werden wir weiter ausbauen. Für ehrenamtlich Tätige werden wir das Projekt „Ehrenamtskarte“ weiter voranbringen, das herausragende ehrenamtliche Engagement von Studierenden berücksichtigen und auch die Wirtschaft für die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit gewinnen.

VI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen ist ein weltoffenes Land. Wir verstehen uns, nicht nur wegen unserer Seehäfen, als „Tor zur Welt“, – aber eben auch als *Teil* dieser Welt, der offen ist für Fremde und Fremdes.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass unsere Gesellschaft zur Integration bereit und fähig ist: Viele Hunderttausend deutsche Vertriebene, und Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und Asylsuchende haben seit dem zweiten Weltkrieg in Niedersachsen eine Heimat gefunden. Heute leben hier Menschen aus 195 Nationen, die unser Leben bereichern und aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind. Natürlich ergibt sich das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern nicht von allein. Beide Seiten müssen gemeinsam daran arbeiten, dass Integration auf Dauer gelingt.

Wir werden daher unsere Anstrengungen verstärken, Zuwanderer noch besser als bisher zu integrieren. Und auch hier gilt der Maßstab: Gemeinsam wollen wir unser Land bewegen. Dazu brauchen wir auch die Migrantinnen und Migranten, denen wir mit Respekt, Offenheit und Toleranz begegnen. Das heißt aber *nicht* Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit! Wir haben Prinzipien, die für *niemanden* zur Disposition gestellt werden können. Diese Prinzipien sind die unveräußerlichen Grundwerte und Grundrechte, wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Rechtsstaatlichkeit und zur weltanschaulichen Neutralität des Staates.

Integrationspolitik bedeutet für uns „*Fördern und Fordern*“. Wir haben die Pflicht zu fördern, wir haben aber auch die Pflicht, etwas zu fordern. Dazu gehören das Bekenntnis zu den Grundrechten und zu unserer Demokratie und das Erlernen der deutschen Sprache. Denn nur wer die Landessprache beherrscht, ist fähig zur gleichberechtigten Teilhabe. Und nur dann kann er auch Zugang finden zu unserem Land und seinen Werten und Traditionen. Wer die Integration in unsere Gesellschaft bewusst verweigert, schadet der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und muss mit Sanktionen rechnen.

Niemand erwartet von den Zuwanderern die Assimilation, also die Entwurzelung und Entfremdung von der Heimat, die Verleugnung der eigenen Herkunft und Muttersprache. Wir haben Respekt vor der Muttersprache, den kulturellen Wurzeln und auch den Glaubensüberzeugungen jedes Menschen, der zu uns kommt. Wir müssen aber darauf bestehen, dass er den festen Willen hat, die Grundregeln unseres Zusammenlebens zu akzeptieren, auch unsere Sprache, Tradition und unseren Wertekanon anzuerkennen und sich entsprechend zu verhalten.

Integration ist dann verwirklicht, wenn jeder, der zu uns gekommen ist, aus Überzeugung sagen kann: „Ich lebe in Niedersachsen, das ist mein Land, hier bin ich zu Hause.“

Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Integration von Zuwanderern leisten. Hierbei spielt der Dialog mit den Religionen eine wichtige Rolle. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten verstärken und den Dialog ausbauen. Deshalb haben wir im Jahr 2003 den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ begonnen, der inzwischen an 26 Grundschulen erfolgreich durchgeführt wird. Wir haben das Fach „Islamische Religionspädagogik“ als Masterstudiengang an der Universität Osnabrück eingerichtet, um geeignetes Lehrpersonal für den islamischen Religionsunterricht auszubilden.

Wir sind auch froh, dass jüdisches Leben und jüdische Tradition in unserem Land wieder lebendig sind. Die Förderung der jüdischen Gemeinden im Land und die Integration der jüdischen Mitbürger, die vor allem aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu uns zugewandert sind, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Die aktive Integration von Spätaussiedlern ist uns wichtig. Das Grenzdurchgangslager Friedland hat eine hohe integrationspolitische Bedeutung. Wir werden es zu einem modernen Gesamtkonzept fortentwickeln, das historische Erinnerung mit aktuellen Bedürfnissen verknüpft.

Zur besseren Koordinierung und Steuerung von integrationspolitischen Maßnahmen wird das Innenministerium „Ministerium für Inneres, Sport und Integration“ heißen und damit „Integrationsministerium“ in Niedersachsen sein. Wir werden alle integrationspolitischen Maßnahmen und Projekte im Handlungsprogramm Integration zusammenfassen, wofür allein in diesem Jahr rund 65 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Der größte Teil dieses Programms fließt in Bildung und Sprachförderung.

Wir wollen, dass Niedersachsen *das* Land der gelungenen Integration wird. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Daher brauchen Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien vom Kindergarten über die Grundschule und die weiterführenden Schulen bis zur Ausbildung oder zum Studium besondere Unterstützung. Nur so werden sie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Da das Beherrschen der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung hierfür ist, werden wir dafür sorgen, dass Kinder mit Migrationshintergrund frühzeitig deutsche Sprachkenntnisse erwerben und so ihre Bildungschancen verbessern.

Ich bin davon überzeugt, dass Jugendliche weit weniger dazu neigen, sich abzuschotten, kriminell oder gewalttätig zu werden, wenn sie sich in unserer Gesellschaft aufgehoben fühlen und eine Perspektive für die Zukunft haben. Diese wollen wir allen Jugendlichen in Niedersachsen geben. Dabei werden auch wir als Landesregierung weiter unseren Beitrag leisten und sie insbesondere beim Übergang von Schule in den Beruf unterstützen. Wir wollen auch mehr junge Menschen aus Zuwandererfamilien für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst gewinnen. Wir unterstützen es, dass sich diese Jugendlichen z.B. für den Polizeidienst bewerben. Gleichzeitig wollen wir die interkulturelle Kompetenz in den Behörden steigern. Dieser Auftrag gilt auch für die Wirtschaft: Inwieweit die Wirtschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung profitiert, wird auch maßgeblich den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg Niedersachsens beeinflussen. Wir müssen diese Vielfalt als Chance für unser Land sehen und nutzen.

VII.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Schutz von Umwelt und Natur ist für uns eine zentrale Aufgabe. Niedersachsens Vielfalt natürlicher Lebensräume wie Harz, Heide und Küste wollen wir bewahren.

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Natur- und Umweltverbänden in Niedersachsen, die durch ihr großes Engagement zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen beitragen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren.

Wir werden mit der Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes ein modernes, effektives und bürgerfreundliches Naturschutzrecht schaffen. Wir setzen beim Umwelt- und Naturschutz nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation mit Nutzern und Eigentümern und auf Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft. Deshalb treten wir für Vertragsnaturschutz und Kooperationsmodelle zur Verbesserung der Gewässer- und Trinkwasserqualität ein.

Eine zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Politik ist der Klimaschutz. Wir werden eine Regierungskommission Klimaschutz einrichten, um praxisnahe Lösungen zur Reduzierung von Treibhausgasen zu erhalten.

Als Küstenland werden wir den Hochwasserschutz verstärken und das Deichausbauprogramm auf 60 Mio. Euro jährlich aufstocken. Wir werden einen Generalplan Inselschutz auflegen und uns gegenüber dem Bund für zusätzliche Mittel für den Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir brauchen eine verantwortungsbewusste Energiepolitik. Dazu gehören Energiesparprogramme, die Erhöhung der Energie-Effizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien genauso wie das Bekenntnis zum Energiemix.

Der von der früheren rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg ist eine Belastung für eine Klimaschutzpolitik. Der Verzicht auf die Nutzung der Kernkraft macht den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke erforderlich. Eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wäre dagegen eine wirkungsvolle Maßnahme für den Klimaschutz. Zugleich würden dadurch zeitliche und finanzielle Spielräume für einen weiteren Ausbau regenerativer Energien eröffnet.

Wer eine bezahlbare Energiepolitik will, kann nicht gleichzeitig für den Atomausstieg eintreten und gegen den Bau neuer Kraftwerke zu Felde ziehen. Eine solche Politik wäre schlecht für Niedersachsen, für die Wirtschaft wie für die privaten Verbraucher. Deshalb ist es gut, dass CDU und FDP weiter in der Regierungsverantwortung sind.

Die Landesregierung steht für eine ökologische und wirtschaftliche Energiepolitik. Wir unterstützen die Planungen für den Neubau effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke, denn wir wollen Niedersachsen als Kraftwerksstandort für die Zukunft sichern. Für eine zukunftsfähige und umweltschonende Energieversorgung brauchen wir die Verbesserung der Wirkungsgrade der Kraftwerke, die stärkere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2020 wollen wir in Niedersachsen den Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung auf 25 Prozent erhöhen. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Energieforschung und die Forschungs- und Innovationsförderung legen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen betrifft auch die abwechslungsreiche Kulturlandschaft in Niedersachsen. Wir bekennen uns zu einer unternehmerischen und umweltgerechten Land- und Forstwirtschaft. Dabei unterstützen wir die heimische Produktion von Lebensmitteln und sind für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Beide sollen ihre Chancen nutzen.

Wir werden die Land- und Ernährungswirtschaft als bedeutende Wirtschaftsfaktoren Niedersachsens unterstützen und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ausbauen.

Unsere Landwirte brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Daher werden wir uns auf Bundesebene und in Europa dafür einsetzen, dass wir unsere bewährte Agrar- und Strukturpolitik auch weiterhin fortsetzen können. Dies gilt in besonderer Weise für die unveränderte Beibehaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013.

Im Interesse der Landwirtschaft und zum Schutz der Verbraucher wollen wir angemessene Standards im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sicherstellen. Zur Sicherung hoher Qualitätsstandards werden wir die für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zuständigen Behörden weiter modernisieren. Wir werden die Verbraucherberatung durch Einrichtung eines „Ernährungsportals Niedersachsen“ stärken und den Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ weiterentwickeln. Verbraucherschutz ist von herausragender Bedeutung.

VIII.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sicherheit und der Schutz von Freiheit und Eigentum ist und bleibt eine Kernaufgabe des Staates. Die Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen leisten unter oft schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Hierfür möchte ich ihnen herzlich danken.

Wir brauchen eine motivierte, modern ausgerüstete und bürgernahe Polizei. In der letzten Legislaturperiode haben wir die Weichen für eine moderne Sicherheitsarchitektur gestellt: Wir haben die Polizei personell verstärkt und organisatorisch erneuert. Wir konnten die Zahl der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen auf einen neuen Höchststand heben. 2007 haben wir die höchste Aufklärungsquote in der Geschichte Niedersachsens erreicht. Darauf sind wir stolz.

Ich kann Ihnen versichern: Auch in den nächsten fünf Jahren werden wir konsequent gegen Kriminalität aller Art vorgehen.

Wir werden die technische Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden weiter verbessern. Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik eröffnet Kriminellen neue Aktionsmöglichkeiten. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist weiterhin akut.

Deshalb werden wir unsere Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, mit hochqualifiziertem Personal und neuester Kriminaltechnik die Sicherheit unser Bürgerinnen und Bürger erfolgreich zu schützen.

Unser vorrangiges Ziel bleibt es, Straftaten zu verhindern. Wir werden daher die erfolgreiche Arbeit des Landespräventionsrates, der kommunalen Präventionsräte und die Präventionsmaßnahmen der Polizei weiter unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Schulen verbessern.

Zu einer wirksamen Prävention gehört auch die Stärkung des Verfassungsschutzes. In Niedersachsen gibt es keinen Platz für Extremisten von rechts und links. Wir alle sind als wachsame Demokraten aufgerufen, insbesondere junge Menschen über die Gefahren des Rechts- und Linksextremismus aufzuklären.

Ebenso wenig werden wir akzeptieren, dass Religion für extremistische Zwecke missbraucht wird. Der islamistische Terror hat sich in den vergangenen Jahren als Hauptgefahr auch in Deutschland erwiesen. Deshalb wird ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit in der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus liegen.

Gegen Jugendkriminalität werden wir mit einer Doppelstrategie aus Prävention und entschlossenem Einschreiten vorgehen. Das Thema Jugendgewalt ist für uns ein ernstes Problem, dem wir uns zu allen Zeiten ernsthaft widmen. Der richtige Ansatz lautet: Vorbeugen-Hinsehen-Eingreifen. Wir werden verstärkt Projekte und Maßnahmen zur Prävention von jugendtypischen Straftaten fördern, so wie das kürzlich prämierte niedersächsische Programm „Prävention als Chance“, an dem sich Polizei, Schulen, Kindergärten, Eltern und Jugendhilfeträger beteiligen.

Klar ist aber auch: Wer kriminell wird, der muss mit Sanktionen rechnen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, den Warnschussarrest als neues Sanktionsmittel im Jugendstrafrecht zu verankern und das Instrumentarium für Jugendrichter zu erweitern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein wichtiger Bestandteil einer sicheren und gerechten Gesellschaft sind unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Justiz weiter verbessern durch moderne Arbeitsbedingungen, durch eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben, die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten, schlanke Verfahren und eine bedarfsorientierte Personalpolitik. Wir wollen eine leistungsfähige, effiziente und kostengünstig arbeitende Justiz, die unseren Bürgerinnen und Bürgern wirksamen Rechtsschutz gibt.

Die Landesregierung hat sich in der vergangenen Legislaturperiode auf Bundesebene beharrlich dafür eingesetzt, dass das Strafrecht zum Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen verbessert wird. Besonders wichtig waren dabei die Gesetzesinitiativen Niedersachsens zur Stärkung des Opferschutzes und zur Reform des Jugendstrafrechts.

Wir haben in den letzten fünf Jahren für einen sicheren und humanen Strafvollzug in unserem Land gesorgt. Zwei neue Haftanstalten in Sehnde und Rosdorf haben wir solide finanziert und in Betrieb genommen. Damit konnten wir die Überbelegung im Strafvollzug abbauen und die Zahl der Häftlingsentweichungen erheblich reduzieren. Zudem konnte auf Initiative Niedersachsens auf Bundesebene durchgesetzt werden, dass verurteilte ausländische Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zur Haftverbüßung in ihr Heimatland überstellt werden können. Das sind wichtige Schritte zu einem sicheren Niedersachsen.

IX.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der ländliche Raum und die Städte prägen unsere Identität mit seinen Landschaften, Traditionen und einem lebhaften Vereinswesen und starkem bürgerschaftlichen Engagement.

Ziel der Landespolitik sind gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land. Wir fühlen uns den Menschen im ländlichen Raum in gleicher Weise verpflichtet wie denen in Städten und Metropolregionen. Denn wir brauchen beides: die Infrastruktur unserer Städte und die Vielfalt und Produktivität des ländlichen Raumes. Und wir brauchen alle Bürgerinnen und Bürger, um gemeinsam unser Land zu bewegen.

Wir setzen auf die Partnerschaft von Stadt und Land. Wir werden Niedersachsen durch eine integrierte Regionalentwicklung weiter stärken und weiterhin die bewährten Förderinstrumente einsetzen. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum als Standort für Wohnen und Arbeiten auszubauen und die Städte zu unterstützen, sich zu attraktiven und lebenswerten Wohnorten für alle Generationen, insbesondere für Familien mit Kindern zu entwickeln.

Eine Politik zur Stärkung des ländlichen und städtischen Raumes beginnt in den Städten, Gemeinden und Landkreisen unseres Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Regierungserklärung zu Beginn der letzten Legislaturperiode hatte ich eine kommunalfreundliche Politik versprochen. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Wir haben das Konnexitätsprinzip in der Niedersächsischen Verfassung verankert. Damit wurde eine seit Jahrzehnten erhobene Forderung der Kommunen endlich verwirklicht. Seitdem gilt in Niedersachsen zum Schutz der Kommunen, dass immer derjenige die Musik bezahlt, der sie bestellt hat.

Wir haben für finanzielle Entlastungen der Kommunen gesorgt. Auf Initiative Niedersachsens konnte auf Bundesebene erreicht werden, dass die Gewerbesteuerumlage abgesenkt wurde, mit einer jährlichen Entlastungswirkung für die niedersächsischen Kommunen von fast 300 Mio. Euro. Zudem haben wir in Verhandlungen mit dem Bund durchgesetzt, dass die Quote für die Erstattung der Unterkunftskosten zugunsten der Kommunen angehoben worden ist.

Wir werden uns weiter um eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen bemühen. Im letzten Jahr haben die niedersächsischen Kommunen mit rund 3 Mrd. Euro die mit Abstand höchste Zuweisungsmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs seit seinem Bestehen erhalten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Betrag um 33,1 Prozent gestiegen. Wir haben in den letzten Jahren erreicht, dass die Kommunen wieder größere Handlungsspielräume haben und diese für kommunale Investitionen zu Verfügung stehen.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden und Landkreise auch in Zukunft sichern und die erfolgreiche kommunalfreundliche Politik in dieser Legislaturperiode fortsetzen. Unser Ziel ist eine weitere Vertiefung der Vertrauenskultur zwischen Land und Kommunen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, indem wir weitere Aufgaben auf die Ebene der Gemeinden und Landkreise übertragen. Wir werden das Modellkommunengesetz auf alle Gemeinden und Landkreise ausdehnen.

Zudem werden wir alle Kommunalgesetze zu einem vereinfachten Regelwerk zusammenfassen und damit die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten an der kommunalen Basis stärken. Unser Leitbild ist die bürgerfreundliche Kommune, die mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken Verwaltungsleistungen aus einer Hand bietet. Dabei wollen wir alle Möglichkeiten zur weiteren Beschleunigung von Verfahrensabläufen nutzen.

Eine von oben verordnete Kreis- und Gebietsreform lehnen wir ab. Wir setzen auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Aus diesem Grund werden wir weiterhin die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Wir werden – gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – zukunftsfähige kommunale Strukturen entwickeln. Nur so können wir die vielfältigen, insbesondere durch den demografischen Wandel bedingten Herausforderungen meistern. Reformüberlegungen und gemeinsame Konzepte für freiwillige und leistungsfähige Zusammenschlüsse der Kommunen werden wir unterstützen. Den erfolgreich eingeschlagenen Weg, die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung zu erweitern, werden wir fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

kein anderes Bundesland ist so sehr auf gute nachbarschaftliche Beziehungen angewiesen wie Niedersachsen. Mit zehn Nachbarn liegen wir mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarn Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, mit unserem Partnerland Sachsen-Anhalt, aber auch unserem europäischen Nachbarn, den Niederlanden, werden wir fortsetzen: Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Stärken zu stärken und Norddeutschland und die Nachbarschaft mit den Niederlanden zu einer konkurrenzfähigen Region in Europa zu machen.

Auch die gemeinsame Arbeit in den drei Metropolregionen, an denen Niedersachsen beteiligt ist, hat sich gut entwickelt. Die Metropolregionen Hamburg und Bremen-Oldenburg sehen wir als Motoren, die für die norddeutsche Zusammenarbeit insgesamt beispielhaft sein können und die Wettbewerbsfähigkeit ganz Norddeutschlands in Europa verbessern können. Wichtig sind uns auch die Einbindung und eine starke Rolle der ländlichen Räume. Wir begrüßen die sich abzeichnende Neuorganisation der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen und werden die regionale Entwicklungsstrategie unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren

die Globalisierung begreifen wir als Chance, die wir mit einer aktiven Europapolitik und einer internationalen Ausrichtung unseres Landes nutzen wollen. Wir werden den Prozess der europäischen Integration vorantreiben und uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass Deutschland den Vertrag von Lissabon zügig ratifiziert. Die dadurch entstehenden institutionellen Möglichkeiten werden wir ausschöpfen und unsere Aktivitäten in Richtung des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen ausbauen. Wir wollen erreichen, dass die Verantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer in der Europäischen Union gestärkt werden und die Länder, Regionen und Kommunen in Europa eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume erhalten.

Wir wollen vor allem bürokratische Überregulierungen der EU verhindern und die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips durchsetzen.

Unsere niedersächsischen Interessen werden wir besonders in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft und Umwelt sowie Wissenschaft und Kultur deutlich machen. Wir werden darauf dringen, dass wir auch künftig nennenswert EU-Mittel einsetzen können, um so unser Land Niedersachsen in der Mitte Europas weiter zu stärken.

Die erfolgreiche Arbeit des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) wollen wir fortsetzen und die Informationsarbeit über Europa intensivieren, um das Europabewusstsein auch im Hinblick auf die Europawahl 2009 in der Bevölkerung zu stärken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen die Rolle der Medien in Niedersachsen weiter stärken. Wir stehen zur Aufgabe des Landes Niedersachsen als größtem Träger des NDR und wir werden uns dafür einsetzen, dass die Regionalberichterstattung im NDR-Fernsehen weiter ausgebaut wird. Wir werden Verbesserungen des Jugendmedienschutzes in Deutschland energisch vorantreiben. Dabei muss der Jugendmedienschutz Vorrang haben vor den Geschäftsinteressen einzelner Anbieter.

X.

Niedersachsen ist das Land von Leibniz und Gauß, Busch und Lessing. Niedersachsen ist auch ein Land der Kunst und Heimat vieler Künstler.

Wir werden die Kunst in ihrer Vielfalt fördern, um das Bewusstsein für die eigene Vergangenheit zu pflegen und unserer Verantwortung für das kulturelle Erbe gerecht zu werden.

Dazu gehört auch die Pflege unserer Mundart und unserer Regionalsprachen. Niederdeutsch und Saterfriesisch sind wichtige Kulturzeugen unseres Landes. Wir werden sie auch weiterhin nach Kräften unterstützen.

Niedersachsen hat in der Vergangenheit zahlreiche Sammler und Künstler angezogen. Zu den berühmten Kunstsammlern des Landes zählt der braunschweigsche Herzog Anton Ulrich, auf dessen Initiative das älteste Museum unseres Landes, das Herzog Anton Ulrich-Museum, zurückgeht. In den kommenden Jahren wird das Museum umfassend saniert und mit einem Neubau ergänzt. Es wird auch in Zukunft einen Spitzenplatz im Reigen der großen Häuser der Bundesrepublik einnehmen.

Hervorheben möchte ich auch die Landesmuseen in Braunschweig und Hannover, in denen nacheinander erstmals die Schöninger Speere als die mit 400.000 Jahren ältesten Jagdwaffen der Menschheit ausgestellt werden.

Wir werden auch das Musikland Niedersachsen weiter fördern. Die neue Landesmusikakademie in Wolfenbüttel wird im nächsten Jahr ihren Betrieb aufnehmen und sich vor allem der Laienmusik widmen. Mit der Musikland Niedersachsen Projektinitiative werden wir gemeinsam mit der Stiftung Niedersachsen und der Niedersächsischen Sparkassenstiftung besondere Schwerpunkte in der Musikvermittlung und Konzertpädagogik setzen.

Musik ist ein wichtiger Bestandteil der Bildung. Wir werden deshalb mit den Landkreisen und den Kommunen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder in Niedersachsen Zugang zu musikalischer Bildung erhalten. Die Zusammenarbeit von Musikschulen mit Kindergärten und Schulen fördern wir, um möglichst früh alle Kinder in Niedersachsen zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen verfügt über zahlreiche Denkmäler. Wir werden alles tun, um dieses kulturelle Erbe zu erhalten.

Die Kirchen nehmen eine besondere Stellung ein. Für ihren Beitrag für unser Land bin ich sehr dankbar.

Die Kirchen haben auch Baudenkmale von nationaler wie internationaler Bedeutung, wie zum Beispiel die ehemalige Benediktinerabteikirche St. Michaelis und der mittelalterliche Dom in Hildesheim. Da beide Kirchen ein einzigartiges Zeugnis religiöser Kunst im Heiligen Römischen Reich ablegen und zu den Unesco-Welterbestätten der Menschheit gehören, wird das Land die anstehenden Sanierungsmaßnahmen unterstützen.

Ausdrücklich setze ich auf diesem Feld, aber nicht nur auf diesem, auf die bewährte und enge Zusammenarbeit mit den Kirchen.

XI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Gemeinsam unser Land bewegen“. Unter diesem Leitbild werden wir weiter an einem modernen, weltoffenen und menschlichen Niedersachsen arbeiten.

Was unbedingt dazu gehört, fasse ich zusammen:

- Die weitere Konsolidierung des Haushaltes. Nur so bleiben wir handlungsfähig und leben nicht auf Kosten unsere Kinder und Enkel.
- Dazu gehören Investitionen in die Zukunft, in unsere Kinder und ihre Erziehung und Ausbildung. Wir wollen ein menschliches, ein soziales, ein weltoffenes und sicheres Niedersachsen, in dem sich jeder heimisch und sicher fühlen kann.
- Dazu gehören Investitionen in unsere Infrastruktur, unsere Häfen, Straßen und andere Verkehrswege. Denn für ein modernes Niedersachsen brauchen wir eine starke Industrie, vor allem einen starken Mittelstand, denn er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.
- Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir wollen, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter sinkt und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vor allem in Zukunftsbranchen entstehen.
- Dazu gehört eine saubere, gesunde und lebenswerte Umwelt, mit der wir im Einklang unsere Lebensmittel und unsere Energie gewinnen.
- Dazu gehört die Zusammenarbeit der Regionen, der Städte und Ballungsräume mit dem ländlichen Raum, des Landes mit den Landkreisen und Kommunen.
- Und dazu gehört auch die Pflege unserer Tradition, unserer Kultur und unseres reichen Erbes an Kunst und Baudenkmälern. Auch das gehört zu einem menschlichen und menschenwürdigen Leben. Jeder braucht Wurzeln. Denn ohne Herkunft gibt es keine Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Regierungserklärung und der Koalitionsvertrag bilden die Grundlage für unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren.

Ich bin davon überzeugt: Niedersachsen hat alle Möglichkeiten, die Veränderungen in Europa und der Welt zu nutzen. Wir müssen nur mutig voranschreiten, statt auf längst veralteten Positionen zu beharren. Alle Bürgerinnen und Bürger wollen wir dabei mitnehmen. Niemand darf zurückgelassen werden. Alle müssen die Chance erhalten, an der Modernisierung unseres Landes mitzuarbeiten, sie zu gestalten und sich an ihr zu beteiligen. Dazu lade ich Sie und alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Als Ministerpräsident bin ich für alle Bürgerinnen und Bürger da. Gemeinsam will ich mit Ihnen an einem modernen, weltoffenen und menschlichen Niedersachsen arbeiten. Es geht um unser Land Niedersachsen. Uns ist dieses Bundesland anvertraut worden. Diese Verantwortung nehmen wir von heute bis 2013 gerne wahr. Ich wünsche uns dafür allen Erfolg.